
Von: "Ulf Riebau"

Gesendet: 30.04.08 08:42:26

An:

Betreff: KER+StER Nds: Pressestimmen zum Entwurf der nds. Schulgesetznovelle vom 29.04.2008 (Braunschweiger Zeitung, Schaumburger Nachrichten, HNA, 30.04.2008)

<http://www.newsclick.de/index.jsp/menuid/2046/artid/8373495>

Braunschweiger Zeitung, 30.04.2008

Städte dürfen Gesamtschulen gründen

Niedersachsen legt neues Schulgesetz vor

Von Michael Ahlers

HANNOVER. Gesamtschul-Initiativen vor allem in Städten können hoffen: Niedersachsen will im Schulgesetz neue Gesamtschulen dort zulassen, wo die Schulträger dies wollen. Sie müssen allerdings gegenüber den Schulbehörden den Bedarf nachweisen. "In größeren Städten wie Braunschweig dürfte das kein Thema sein", sagte Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) gestern. "Neue Gesamtschulen können aber nur in Ergänzung zum bestehenden Regelschulsystem errichtet werden." Dessen Bestand müsse gesichert bleiben. Eine Pflicht von Städten oder Landkreisen, eine Gründung zu beantragen, gibt es allerdings nicht – auch dann nicht, wenn die Nachfrage groß ist. Das Ministerium geht von mehr als zehn neuen Gesamtschulen aus, die zum August 2009 starten könnten.

<http://www.sn-online.de/newsroom/politik/zentral/politik/niedersachsen/art668,583411>

Schaumburger Nachrichten, 30.04.2008

Niedersachsen rechnet mit zehn neuen Gesamtschulen

Niedersachsens Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann rechnet nach der Lockerung des Gründungsverbots mit rund zehn neuen Gesamtschulen landesweit. Diese Zahl scheint realistisch, sagte die CDU-Politikerin am Dienstag bei der Vorstellung des neuen Schulgesetzentwurfs. Vermutlich werde es in erster Linie in Städten wie Hannover, Osnabrück, Wolfsburg oder Stadthagen zu Neugründungen kommen. Nach Expertenschätzungen fehlen in Niedersachsen derzeit rund 4000 Gesamtschulplätze.

Obwohl das Gesetz schon in diesem Sommer in Kraft treten soll, werde es vor August 2009 wahrscheinlich keine zusätzlichen Gesamtschulen geben, sagte Heister-Neumann. Denn das Verfahren ist kompliziert, und die Hürden, die Neugründungen gerade auf dem Land entgegenstehen, sind hoch. Niedersachsen ist und bleibt ein Land des gegliederten Schulwesens, sagte CDU-Landtagsfraktionsvize Karl-Heinz Klare. Die Ministerin sprach denn auch von einer Lockerung des Gründungsverbots und nicht von einer Aufhebung.

Gesamtschulen seien immer nur eine Ergänzung des bestehenden Systems, hatten die Fraktionen von CDU und FDP gestern beschlossen. Zwar könnten im Gegenzug auch Haupt- oder Realschulen geschlossen werden. Wichtig sei aber, dass diese Formen an anderen Standorten in zumutbarer Entfernung immer noch erreichbar seien. Kilometerzahlen nannte die Ministerin nicht. Sie verwies auf ein Verwaltungsgerichtsurteil, wonach für Schüler Fahrzeiten von einer Stunde als zumutbar gelten.

Hohe Hürden für neue Gesamtschulen

Opposition spricht von Verhinderungsgesetz Sterben die Hauptschulen?

Von Michael Ahlers

HANNOVER. Sind die Landkreise die Verlierer im Streit um Gesamtschulen? Als Gesamtschul-Verhinderungsgesetz kritisierten SPD und Grüne gestern die Bedingungen, unter denen die CDU/FDP-Koalition Neugründungen zulassen will. "Neue Gesamtschulen können nur in Ergänzung zum bestehenden Regelschulsystem errichtet werden", stellte Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) gestern gleich klar. Denn während die Lehrgewerkschaft GEW betont, es gebe landesweit stolze 35 Initiativen zur Gründung von Gesamtschulen, hat sich die CDU/FDP-Koalition das Verteidigen des dreigliedrigen Schulsystems mit Hauptschule, Realschule und Gymnasien auf die Fahne geschrieben.

So sind laut Gesetzentwurf vor Gründung einer neuen Gesamtschule gleich mehrere Hürden zu überwinden. Zunächst muss der Schulträger in seinem Einzugsgebiet per Elternbefragung nachweisen, dass ausreichend Anmeldungen für einen Standort nachhaltig gesichert sind die Rede ist von zunächst 130 Schülern in mindestens vierzügigen Schulen. Haupt-, Realschulen und Gymnasien müssten unter zumutbaren Bedingungen erreichbar bleiben, heißt es weiter. Damit soll verhindert werden, dass neue Gesamtschulen ein Schulsterben nach sich ziehen. Stellt ein Schulträger den Antrag für eine neue Gesamtschule, prüft die Landesschulbehörde außerdem, ob die Voraussetzungen wirklich vorliegen. Das klingt wie ein Vetorecht, das zu juristischen Auseinandersetzungen führen könnte. Und egal, wie sehr Eltern auf Gesamtschulen drängen: Eine Pflicht des Schulträgers, einen Antrag für eine neue Gesamtschule zu stellen, gibt es nicht, wie Heister-Neumann ebenfalls hervorhob.

In Städten wie Braunschweig werde der Nachweis des Bedarfs vermutlich kein Problem sein, meinte die Ministerin. "Mit diesem Gesetzentwurf sollen vor allem auf dem Land neue Gesamtschulen unmöglich gemacht werden", kritisierte denn auch die Grünen-Abgeordnete Ina Korter. Von einem "Verhinderungsgesetz" war auch bei der SPD und der GEW die Rede. Die SPD-Abgeordnete Frauke Heiligenstadt kritisierte besonders, dass die Eltern-Befragungen schon im letzten Kindergartenjahr starten sollen. "An Schwachsinn nicht zu überbieten", so Heiligenstadt. Auf "mehr als zehn" schätzte Heister-Neumann die Zahl der Gesamtschul-Neugründungen, die zum August 2009 mit dem Betrieb beginnen könnten. Für SPD und Grüne ist der Start erst im nächsten Jahr der Bruch eines Wahlversprechens. "Im Sommer werden erneut tausende Kinder abgelehnt werden müssen", meinte Heiligenstadt.

Der lange Abschied von der Hauptschule dürfte mit dem neuen Gesetz allerdings allen Bekenntnissen zum Trotz beschleunigt werden. "Das Schließen von Hauptschulen ist möglich", räumte Heister-Neumann denn auch ein bis auf weiteres immerhin noch unter der Bedingung, dass in zumutbarer Entfernung eine andere Hauptschule bestehen bleibt. Doch als zumutbar definierten Gerichte zuletzt eine Fahrzeit von einer Stunde.

"Niedersachsen bleibt das Land des gegliederten Schulsystems", versprachen die Abgeordneten Karl-Heinz Klare (CDU) und Björn Försterling (FDP) tapfer. Fragt sich nur wie gegliedert. Bei den Schulpolitikern von CDU und FDP liegen längst Pläne für eine Verschmelzung von Haupt- und Realschule in der Schublade. Vor der Landtagswahl wurden sie noch zurückgehalten. Bei einem anderen Thema steuerten die Koalitionäre ebenfalls nach: Der Stichtag für Einschulungen soll wie angekündigt schrittweise verschoben werden. So soll das Einschulungsalter von im Schnitt sieben Jahre auf durchschnittlich sechs Jahre sinken. Der Stichtag wandert vom 30. Juni bis zum 30. September im Jahr 2012. Start ist im Jahr 2010.

Grünes Licht mit "Aber"

Neue Gesamtschulen sollen von 2009 an "maßvoll" möglich werden

HANNOVER. Trotz Drängens von Elterninitiativen soll die Gründung von Gesamtschulen in Niedersachsen erst von 2009 an in überschaubarer Zahl möglich werden. Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP beschlossen gestern, neue Gesamtschulen könnten "maßvoll" errichtet werden, allerdings nur ergänzend zum bestehenden gegliederten Schulsystem. Dennoch sei es denkbar, dass dann auch andere Schulen in Landkreisen geschlossen würden, sagte Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) in Hannover. Die Novelle des Schulgesetzes wird in der kommenden Woche in den Landtag eingebracht und soll zum 1. August in Kraft treten. Neue Gesamtschulen kann es laut Heister-Neumann erst ein Jahr später geben. Als Größenordnung nannte sie nach einer vorsichtigen Einschätzung "mehr als zehn Gesamtschulen".

SPD und Grünen geht das nicht schnell genug. Die Novelle der Regierungsfaktionen sei ein "Gesamtschul-Verhinderungsgesetz", hieß es bei der SPD-Fraktion. Die Grünen schimpften, die Kultusministerin baue mit der Gesetzesnovelle "neue Barrieren" für Gesamtschulen auf. Auch die Linksfraktion lehnte die Vorstellungen von CDU und FDP ab. Der Landeselternrat und Initiativen hatten stets gefordert, es dürfe nicht zu Verzögerungen kommen, damit noch im Sommer 2008 neue Gesamtschulen gegründet werden könnten. Nach den Vorstellungen von CDU und FDP müssen Eltern im letzten Kindergarten-Jahr ihrer Sprösslinge vor der Einschulung angeben, ob sie diese Jahre später auf eine Gesamtschule oder eine andere Schulform schicken wollen. "Dieser Ansatz ist an Schwachsinn nicht zu überbieten", kritisierte die schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Frauke Heiligenstadt (Northeim). CDU und FDP sprechen davon, dass die Elternbefragung ergeben müsse, dass eine Gesamtschule auch "perspektivisch" über ausreichend Schüler verfüge. Die Landkreise müssen nun alle Eltern befragen. Für die Gründung neuer Gesamtschulen sind dann pro Jahrgang zwischen 100 und rund 130 Schüler notwendig. (Ini)

Von Monika Wendel